

Bericht zur Fachtagung Jugendmedienarbeit NRW 2025

„Raus aus Social Media?! Jugendmedienarbeit zwischen Schutz und Ermöglichung“



Die NRW-Fachtagung der GMK widmete sich in diesem Jahr einem hochaktuellen Spannungsfeld: dem Verhältnis von Jugendmedienschutz und Medienbildung im Kontext der aktuellen Verbotsdebatten um Social-Media- und Smartphonennutzung für Kinder und Jugendliche. Vor dem Hintergrund wachsender gesellschaftlicher und politischer Forderungen nach restriktiven Maßnahmen diskutierten Fachkräfte aus Bildung, Jugendhilfe, Wissenschaft und Medienpädagogik Wege, wie die Schutzbedarfe einerseits, gleichermaßen aber auch die Teilhabe- und Förderrechte junger Menschen gewahrt und gestärkt werden können. Im Zentrum stand die Überzeugung: Wirksamer Jugendmedienschutz gelingt nicht durch Verbote, sondern durch Maßnahmen in den Bereichen Bildung und Regulierung, die miteinander Hand in Hand gehen.

Die öffentliche Debatte um Social-Media-Verbote und Smartphoneeinschränkungen für Minderjährige ist geprägt von Sorge – um psychische Gesundheit, Konzentrationsfähigkeit, Datenschutz und Desinformation. In politischen Forderungen spiegelt sich ein wachsender Wunsch nach Kontrolle: TikTok-Verbote, Nutzungsbeschränkungen oder gar das generelle Smartphoneverbot an Schulen sind Beispiele dafür. Die Tagung machte deutlich: Diese Sorgen sind berechtigt, greifen aber zu kurz, wenn sie nicht von einer differenzierten Auseinandersetzung mit den Lebenswelten junger Menschen begleitet werden.

Kinder und Jugendliche brauchen Schutz – aber auch Räume zur Entwicklung, Kommunikation und Selbstverortung, die heute unweigerlich auch digital geprägt sind. Ein pauschales Verbot von Plattformen oder Geräten nimmt ihnen genau diese Räume – ohne ihnen Alternativen aufzuzeigen oder notwendige Kompetenzen zu fördern.

In zwei Impulsvorträgen, zwei Workshops sowie einem Panel wurde herausgearbeitet, dass Medienpädagogik ein zentrales Bindeglied darstellt, um Schutz und Teilhabe sinnvoll in Einklang zu bringen. Sie schafft pädagogisch gestaltete Handlungs- und Reflexionsräume, vermittelt Handlungskompetenz im Umgang mit Risiken und verleiht Fachkräften das nötige Know-how, um Jugendlichen auf Augenhöhe zu begegnen.

Statt eines Social-Media-Ban braucht es Social-Media-Kompetenz – so lautete ein Leitsatz, der sich durch mehrere Beiträge zog. Denn Plattformen wie TikTok, Instagram oder WhatsApp sind nicht nur potenzielle Gefahrenquellen, sondern auch soziale, politische und kreative Ausdrucksräume. Wer Jugendlichen hier pauschal den Zugang verwehrt, nimmt ihnen die Chance, genau in diesen Bereichen Kompetenzen zu entwickeln.

Besonderes Augenmerk galt der Rolle von Schule und Jugendhilfe. Beide Institutionen stehen aktuell unter Druck: auf der einen Seite der Ruf nach mehr Kontrolle, auf der anderen Seite der medienpädagogische Anspruch, Teilhabe und Kritikfähigkeit zu fördern.

Gleich mehrere Beiträge zeigten: Verbindliche Medienregeln, pädagogische Begleitung und ein professioneller Umgang mit digitalen Geräten sind die besseren Alternativen zu Verboten.

Medienpädagog*innen sollten langfristig als feste Bestandteile multiprofessioneller Teams verankert werden – in Schulen ebenso wie in Einrichtungen der Jugendhilfe. Gerade sozial benachteiligte Kinder und Jugendliche profitieren von gezielter Unterstützung im Umgang mit digitalen Medien – und dürfen nicht durch pauschale Ausschlüsse weiter marginalisiert werden.

Ein zentrales Anliegen der Tagung war es, Fachkräften Sicherheit und Orientierung im Umgang mit den aktuellen Entwicklungen zu geben. In Workshops und einer moderierten Diskussionsrunde konnten sie eigene Erfahrungen reflektieren, pädagogische Strategien austauschen und sich mit rechtlichen sowie ethischen Fragen auseinandersetzen.

Dabei wurde deutlich: Nicht die Plattform an sich ist das Problem, sondern die fehlende Begleitung und Einbettung. Pädagogisches Handeln braucht eine klare Haltung – und die Bereitschaft, mit Jugendlichen ins Gespräch zu gehen, statt über sie hinweg zu entscheiden. Jugendmedienschutz ist dann wirksam, wenn er junge Menschen nicht nur schützen, sondern zugleich stärken will.

Begrüßung und Einführung: Zwischen Bildung, Verantwortung und Handlungsbedarf

Die medienpädagogische Fachtagung wurde durch kurze Impulse von Vertreterinnen der veranstaltenden Institutionen eröffnet. Moderatorin Andrea Marten begrüßte alle Anwesenden und machte deutlich, dass die Fachtagung nicht nur als Fortbildung für Fachkräfte gedacht ist, sondern auch als Raum, um aktuelle medienpädagogische Herausforderungen gemeinsam zu reflektieren.

Iulia Capros, Leiterin der Stadtbibliothek Bielfeld, betonte in ihrem Grußwort die Rolle von Bibliotheken als Orte der Bildung, Kultur und Information. Auch in diesem Selbstverständnis kommt den sozialen Medien eine zunehmende Bedeutung zu – nicht nur als Kommunikationskanal, sondern auch als Vermittlungsmedium für Bildungsangebote. Bibliotheken wollen die Potenziale sozialer Medien aktiv nutzen, gleichzeitig aber auch auf die damit verbundenen Gefährdungen aufmerksam machen. Die medienpädagogische Auseinandersetzung mit Plattformen wie TikTok, Instagram oder YouTube ist daher auch für den Bibliotheksbereich von wachsender Relevanz.

Weshalb sich die Veranstalter*innen in diesem Jahr für die kontrovers diskutierten Themen Social-Media-Ban und Smartphoneverbot entschieden haben, erläutert die Co-Geschäftsführerin der GMK Dr. Friederike von Gross. In einer differenzierten Einordnung sprach sie über die Haltung der GMK, die im Positionspapier auf der GMK-Website ausführlich dargelegt ist. Das Thema ist komplex, betrifft verschiedene Ebenen – von der Bildungsarbeit über politische Regulierung bis hin zur Verantwortung der Plattformanbieter – und verlangt nach einem Bündel von Maßnahmen. Besonders wichtig ist es dabei, nicht nur zu regulieren, sondern medienpädagogisch zu gestalten. Die Förderung von Medienkompetenz ist das zentrale Anliegen, und doch passiert in der Fläche nach wie vor zu wenig. Mit Verweis auf das *Berliner Plädoyer für mehr Medienkompetenz und Demokratiebildung* und das aktuelle GMK-Jahresprogramm unterstrich von Gross die Dringlichkeit des Themas.

Impulsvortrag 1: „Smartphones und Social Media – Kinder- und Jugendschutz durch Verbote?“ Rechtliche Rahmenbedingungen, Sinn und Grenzen“

Den ersten Impuls der Fachtagung gab Britta Schülke, Geschäftsführerin der Arbeitsgemeinschaft Kinder- und Jugendschutz NRW (AJS), Volljuristin und Expertin für Kinder- und Jugendmedienschutz.

In ihrem Vortrag stellte sie die Frage, ob Verbote von Smartphones und Social-Media-Plattformen ein geeigneter Weg seien, um Kinder und Jugendliche zu schützen, und nahm dabei sowohl rechtliche als auch pädagogische Aspekte in den Blick.

Aus juristischer Sicht sind Smartphoneverbote in Deutschland zwar in bestimmten Kontexten denkbar, stoßen aber auf erhebliche rechtliche und ethische Grenzen wie auch in der praktischen Umsetzung – auch deshalb, weil das Jugendschutzrecht sich in erster Linie auf Inhalte bezieht und nicht auf Geräte. Ein Verbot wäre ein Eingriff in die Rechte auf Information, Teilhabe und freie Persönlichkeitsentfaltung. „Papier und Stift verbieten wir ja auch nicht – obwohl sich damit Unsinn anstellen lässt“, so Schülke pointiert.

Zudem belegen Daten – etwa aus den JIM- und KIM-Studien –, dass die Nutzung digitaler Geräte längst Alltag ist: Jugendliche ab 12 Jahren verbringen im Durchschnitt rund 200 Minuten täglich am Smartphone, vor allem mit Kommunikation, Spielen, Fotos und Videos. Die Nutzung beginnt zunehmend früher, womit Risiken, gleichermaßen aber auch Chancen einhergehen. Schülke betonte die Ambivalenz digitaler Medien. Sie bieten Teilhabe, Zugang zu Bildung und kreativen Ausdruck, aber ebenso Risiken wie Cybermobbing, exzessive Nutzung, Desinformation, verzerrte Körperbilder und sozial-emotionale Überforderung – vor allem dann, wenn Kinder und Jugendliche unbegleitet und ungeschützt digitale Räume betreten.

Nationale wie auch internationale Beispiele für Verbotsmaßnahmen zeigen, wie schwer deren Umsetzung ist. In Australien etwa würden junge Menschen Verbote umgehen, indem sie Accounts der Eltern nutzen oder Altersangaben fälschen. Auch in Deutschland existiert ein „föderaler Flickenteppich“ an Regelungen: In Bremen soll ab 2025 ein Handyverbot bis Klasse 10 gelten, in Bayern sind Grundschulen betroffen, während Länder wie Hessen auf sogenannte „Smartphone-Schutzzonen“ setzen und andere wie etwa NRW auf schulische Selbstregulierung und Beteiligung aller Akteur*innen.

Ein Verbot kann also keine nachhaltige Lösung sein, so Schülke. Es suggeriert Sicherheit, verschiebt Probleme aber lediglich, ohne die dahinterliegenden Ursachen zu adressieren. Vielmehr ist mit Blick auf die Kinderrechte, die es online ebenso zu verwirklichen gilt wie offline, eine Trias aus Schutz, Befähigung und Teilhabe notwendig. Diese muss rechtlich verankert, technisch unterstützt und pädagogisch begleitet werden. „Digitale Probleme lösen sich nicht, indem man digitale Geräte verbietet – sie verschwinden nur aus dem Blickfeld der Fachkräfte“, so Schülkes eindringlicher Appell.

Des Weiteren erläuterte Schülke aktuelle und geplante rechtliche Entwicklungen. So sieht die DSGVO eine Einwilligung zur Datenverarbeitung erst ab 16 Jahren vor – eine theoretisch starke Regelung, die aber in der Praxis kaum durchsetzbar ist. Der Digital Services Act (DSA) verpflichtet Plattformen zu altersgerechten Voreinstellungen, Werbebeschränkungen für Minderjährige und mehr Transparenz, was einen Schritt in Richtung Anbieterregulierung statt Geräteverbot darstellt. Die im Jugendmedienschutz-Staatsvertrag geplante Implementierung einer „One-Button-Lösung“ in Betriebssysteme soll ermöglichen, kindgerechte Geräteeinstellungen bei der Installation direkt zu aktivieren. Doch auch hier gibt es offene Fragen zu technischer Umsetzbarkeit, Umgehbarkeit durch Jugendliche und Marktungleichgewichten.

Im Austausch mit dem Publikum wurde deutlich, dass viele Fachkräfte ebenfalls an der Wirksamkeit von Verboten zweifeln. In einer Kurzumfrage sprach sich lediglich etwa ein Drittel für ein

Smartphoneverbot an Grundschulen aus. Fragen aus dem Plenum betrafen u. a. die Vereinbarkeit von Medienkompetenzförderung und Gerätenutzung sowie den Fortbildungsbedarf von Lehrkräften.

Zum Abschluss ihres Impulses zog Schülke das Fazit, dass Kinder und Jugendliche ein Recht auf digitale Teilhabe besitzen. Wir brauchen daher kindgerechte Räume, verlässliche Altersverifikationen und eine Stärkung der Fachkräfte. Verbote sind bequem, aber keine angemessene Lösung. Verantwortung tragen nicht nur Kinder, sondern auch wir Erwachsene.

Impulsvortrag 2: „Verbieten oder ermöglichen – Wie können Kinder und Jugendliche bestmöglich mit digitalen Medien aufwachsen?“

Martin Bregenzer, Medienpädagoge bei klicksafe, betonte in seinem Beitrag, dass es keine einfachen Antworten auf komplexe Fragen rund um Medienerziehung gibt. Die Diskussion um Social-Media- oder Smartphoneverbote ist oft von Emotionalisierung und verkürzten Darstellungen geprägt. Zwar können einfache Verbote für Schulen und Eltern kurzfristig Entlastung bedeuten, sind aber weder nachhaltig noch geeignet, den digitalen Herausforderungen wirklich zu begegnen. Bregenzer stellte heraus, dass negative Auswirkungen von Social Media, wie etwa problematische Inhalte, Kontaktrisiken, Bewegungsmangel oder Beeinträchtigungen der Persönlichkeitsentwicklung, zwar belegbar sind, sich aber nicht durch pauschale Verbote beheben lassen. Vielmehr ist fraglich, ob sich mit einer solchen Maßnahme tatsächlich das Kindeswohl verbessern lässt oder ob nicht vielmehr digitale Teilhabe und notwendige Kompetenzen beschnitten werden. Ausweichplattformen, Umgehungsstrategien und unüberschaubare Regulierungsbedarfe können eine Spirale in Gang setzen, die das Problem eher verlagert als löst. Dabei verwies Bregenzer auch auf konkrete Herausforderungen aus der Praxis, etwa bei der Meldung problematischer Inhalte. Während Plattformen wie YouTube selbst nur rund 6 Prozent der von Privatpersonen gemeldeten Inhalte löschen, erreichen Meldungen über anerkannte Stellen wie jugendschutz.net eine Löschquote von bis zu 96 Prozent. Hier ist Aufklärung gefragt, nicht nur bei Kindern und Jugendlichen, sondern auch bei Eltern und Lehrkräften.

Zudem wurde deutlich, wie stark sich gesellschaftliche Diskussionen häufig auf Schlagworte wie „Handyverbot“ reduzieren, ohne klar zu definieren, worüber eigentlich gesprochen wird: Geht es um Geräte, um Inhalte, um bestimmte Apps oder um Nutzungszeiten? Auch Medienberichterstattung trägt hier häufig zur Polarisierung bei, u. a. mit dem Effekt, dass Fachpositionen wie die von klicksafe vereinfacht oder falsch dargestellt werden.

Einen zentralen Punkt bildete die Frage, wie Kinder und Jugendliche zu sicherer, kreativer und reflektierter Mediennutzung befähigt werden können. Medienkompetenzförderung sei dabei ein gesamtgesellschaftlicher Auftrag, der nicht auf Schule oder Eltern allein abgewälzt werden dürfe, ebenso wenig auf die Plattformbetreiber. Kinder brauchen verlässliche Begleitung und altersgerechte Schutzmechanismen, ohne ihnen digitale Räume grundsätzlich vorzuenthalten.

Ein Plädoyer aus dem Publikum brachte es auf den Punkt: Kinder und Jugendliche sollen selbst zu Wort kommen, ihre Bedürfnisse und Perspektiven müssen ernst genommen werden. Denn statt über sie hinweg zu entscheiden, sollten sie in Aushandlungsprozesse wie etwa zur Gestaltung von Handyregelungen aktiv eingebunden werden. Die Verantwortung für kindgerechte digitale Räume liegt nicht allein beim Staat, sondern bei der gesamten Gesellschaft.

Panel: „Befähigung, Schutz, Teilhabe: Was brauchen junge Menschen für eine kompetente Nutzung sozialer Medien?“

Das Panel, besetzt mit Sophie Trachte (Mediencout an der Gesamtschule Essen-Borbeck), Robert Niemeier (Sozialpädagoge im Bielefelder Jugendzentrum Kamp), Silke Knabenschuh (AJS NRW), Martin Bregenzer (klicksafe) sowie einem freien Stuhl für direkte Publikumsbeteiligung beschäftigte sich mit der Frage, wie Kinder und Jugendliche im Umgang mit Smartphones und sozialen Medien in Orientierung am Kinderrechedreiklang Befähigung, Schutz und Teilhabe bestmöglich unterstützt werden können.

Zum Auftakt berichtete Mediencout Sophie Trachte von ihren Erfahrungen aus der schulischen Praxis. Deutlich wurde, dass Plattformnutzung sehr geschlechtsspezifisch verlaufen kann: Jungen riskieren waghalsige Aktionen, um viral zu gehen, während Mädchen häufiger über das Zeigen von Haut und Körper Reichweite erzielen. Präventive Ansätze bestehen hier häufig in informellen Lerngelegenheiten und Projekten, die Jugendliche motivieren und in denen Fachkräfte Lotsenfunktionen übernehmen, nicht selten als „letzte Bastion“, wenn andere Systeme nicht greifen.

Silke Knabenschuh wies darauf hin, dass zwar viele Materialien und Programme existieren, aber längst nicht alle Zielgruppen erreicht werden. Als größte Hürden wurden Ressourcenmangel und die unzureichende Verankerung von Medienkompetenz in der Ausbildung von Lehrkräften genannt. Pädagog*innen fühlen sich durch die Schnelllebigkeit digitaler Entwicklungen überfordert, während Jugendliche oft das Gefühl haben, nicht verstanden zu werden.

Des Weiteren betonte Sophie Trachte, wie wichtig es ist, Kinder und Jugendliche spielerisch und verständnisvoll an Medienfragen heranzuführen, ihnen Räume zum Hinterfragen zu eröffnen und neue Welten sichtbar zu machen. Sie kritisierte einfache Verbotslösungen: Diese sind zwar leicht umzusetzen, können jedoch umgangen werden und stärken Jugendliche nicht nachhaltig. Wichtig ist stattdessen, Erwachsene einzubeziehen, indem sie sich die Faszination zeigen und erklären lassen, was schon mittels der einfachen Frage „Zeig mal, was du daran toll findest“ funktioniert. So kann Mediennutzung zu gemeinsamer Qualitätszeit werden.

Mehrere Wortbeiträge hoben hervor, dass Eltern sich häufig überfordert fühlen und erst dann Unterstützung suchen, wenn bereits Probleme aufgetreten sind. Zentral ist es, Vertrauen aufzubauen: Kinder sollten sicher sein können, dass sie sich mit Sorgen im Kontext ihrer Mediennutzung an die Eltern wenden dürfen und keine Angst vor Strafen haben müssen. Beziehungsarbeit erfordert glaubwürdige, vertrauensvolle Erwachsene und partizipative Ansätze, bei denen Regeln gemeinsam mit den Jugendlichen entwickelt werden. Gleichzeitig darf Medienerziehung nicht vom pädagogischen Zeigefinger geprägt sein. Beispiele aus Schuleingangsuntersuchungen zeigen, dass Mediennutzungsfragen zwar häufig behandelt, aber kaum in konkrete Unterstützungsangebote übersetzt werden.

Diskutiert wurde auch die Rolle gesetzlicher Vorgaben. Während Altersfreigaben und Anbieterpflichten eine wichtige Schutzfunktion haben, kritisierte eine Teilnehmerin aus dem Publikum, dass solche Regelungen oft technokratisch wirken und die eigentliche pädagogische Auseinandersetzung verdrängen. Robert Niemeier berichtete von seinen Erfahrungen bei einem Fachkräfteaustausch mit Japan: Dort bestehen zwar umfangreiche Einschränkungen der Handynutzung in den Schulen, konstruktive medienpädagogische Arbeit erfolgt jedoch kaum. Aus

Tschechien wurden hingegen positive Beispiele genannt, wo ein Pflichtfach Informatik bereits ab der Grundschule eingeführt und Medienbildung als Querschnittsthema in allen Fächern verankert ist.

Immer wieder kehrte die Diskussion zum Spannungsfeld von Verbot und Befähigung zurück. Verbote erscheinen als schnelle Lösung, verlagern aber die Verantwortung auf Kinder und Jugendliche und führen häufig dazu, dass Probleme im Verborgenen bleiben. Der Abschlusskonsens des Panels lautete: Entscheidend sind Vertrauen, partizipative Aushandlungsprozesse und die Stärkung der Medienkompetenz von Kindern, Jugendlichen und auch Erwachsenen. Medienbildung muss als langfristiger Prozess verstanden werden, der Schutz, Teilhabe und Befähigung zusammendenkt, statt sie gegeneinander auszuspielen.

Workshop 1: „Schönheit kommt von außen!? – Geschlechtsspezifische Risiken und Handlungsansätze zur Prävention“

Einer der beiden Workshops wurde von Silke Knabenschuh von der AJS NRW geleitet und beschäftigte sich mit Schönheitsidealen, Geschlechterrollen und digital vermittelter Selbstoptimierung. Diskutiert wurde, wie Plattformen wie TikTok nicht nur Trends verstärken, sondern Schönheitsbilder aktiv formen und verankern. Dabei spielt auch das sogenannte „Pretty Privilege“ eine Rolle: Attraktivität verschafft Reichweite und Vorteile, gleichzeitig wächst der Druck, diesen Erwartungen zu entsprechen. Eine aktuelle Studie von saferinternet.at zeigt, dass 63 Prozent der Jugendlichen gerne etwas an ihrem Aussehen ändern würden und 71 Prozent soziale Medien als Anlass für ständige Vergleiche erleben.

Der Druck zur Selbstoptimierung wird zusätzlich durch kommerzielle Interessen verstärkt. Filter, Werbung und Social-Media-Trends folgen einem zugrundeliegenden Prinzip: „They wouldn’t make any money, if you already loved who you are.“ Schönheitsoperationen nach digitalen Vorbildern sind längst Realität, bereits Kinder treten als Werbeträger*innen auf, oft von ihren Eltern inszeniert.

Dabei zeigen sich widersprüchliche Dynamiken: Feministische Bewegungen stehen im Kontrast zu Tradwife-Trends, die ein verinnerlichtes Rollenbild aus früheren Zeiten propagieren, in dem Frauen sich dem Mann unterordnen. Auch toxische Männlichkeitsbilder werden von Algorithmen sichtbar verstärkt – mit dem Effekt, dass sich das Internet stellenweise radikalisiert. Projekte, die sich mit geschlechtsspezifischen Perspektiven befassen, berichten zugleich von massiven Anfeindungen gegen Referent*innen, etwa in gemischtgeschlechtlichen Settings. Ein Bericht von EigenSinn e.V. verdeutlicht, dass sich Geschlechterrollen in den letzten fünf Jahren zum Teil in problematische Richtungen entwickeln.

Gleichzeitig eröffnen soziale Medien aber auch Chancen für Geschlechtergerechtigkeit und -diversität. Viele Jugendliche sind sich der Mechanismen bewusst und entwickeln eigene Strategien für einen reflektierteren Umgang: Sie machen sich gegenseitig Komplimente in ihrer eigenen Sprache, die Erwachsene oft nicht verstehen, und nutzen kreative Ausdrucksformen, um sich kritisch mit Körperbildern auseinanderzusetzen. „Digital Detox“ hingegen ist eher ein Erwachsenenkonzept. Jugendliche sprechen vergleichsweise selten von Verzicht, sondern von bewusstem Auswählen dessen, was ihnen guttut.

In den Diskussionen wurde betont, dass Prävention nicht auf pauschale Bildschirmzeitverbote setzen darf. Entscheidend ist die Stärkung der Entscheidungskompetenz: Jugendliche sollen befähigt werden,

selbst zu reflektieren, welche Inhalte ihnen schaden und welche sie inspirieren. Schutzfaktoren wie die Wertschätzung des eigenen Körpers und die Förderung eines kritischen Blicks auf Medieninhalte sind dabei zentral. Social Media kann zugleich Quelle von Druck wie auch von Inspiration sein, entscheidend bleibt der pädagogisch begleitete Umgang, der Reflexion und Selbstwirksamkeit stärkt.

Besorgniserregend sind zugleich die steigenden Zahlen junger Menschen, die sich einsam fühlen. Plattformen können hier sowohl Belastung als auch Ressource sein. So wurde beispielsweise der TikTok-Account „wastarasagt“ vorgestellt, der Gesprächsanlässe und Denkanstöße schafft und Jugendlichen wie auch jungen Erwachsenen Räume eröffnet, sich kritisch mit Körper- und Gesellschaftsbildern auseinanderzusetzen.

Workshop 2: „Demokratiebildung auf TikTok – warum Verbotsdebatten alleine nicht helfen“

Wie können Jugendliche zu einem reflektierten Umgang mit TikTok und Co. angeregt und gleichzeitig in ihrer demokratischen Haltung gestärkt werden? Der Workshop bot praxisnahe Einblicke in Ansätze und Methoden der medienpädagogischen Arbeit zu sozialen Medien, Demokratiebildung und Extremismusprävention und machte deutlich, dass reine Verbotsdebatten an der Lebensrealität junger Menschen vorbeigehen.

Zu Beginn wurde die Onlinezeit von Jugendlichen thematisiert, was zu einem Aha-Effekt führte: Viele Teilnehmende unterschätzten, wie viele Stunden junge Menschen täglich online sind. Gerade TikTok nimmt einen Großteil dieser Zeit ein. Dabei fühlen sich viele Jugendliche zerrissen zwischen Faszination und Stress, zwischen Unterhaltung und Überforderung. Hier kann pädagogische Arbeit mit konkreten Reflexionsübungen ansetzen: Wofür nutze ich meine Zeit online? Was passiert mit meinen Daten? Welche Alternativen zu den gängigen Plattformen gibt es?

Ein zentrales Anliegen war es, die Mechanismen hinter sozialen Medien und den Plattformlogiken großer Tech-Unternehmen verständlich zu machen, etwa durch den Einsatz eines Kartensets der Amadeu Antonio Stiftung oder des Tools swipeaway.de, das eine TikTok-ähnliche Umgebung simuliert und zur Diskussion anregt. So entstehen Gespräche über personalisierte Feeds, Datenweitergabe, Desinformation oder die psychologischen Wirkmechanismen von Plattformen. Auch das Verhältnis von Humor, Grenzüberschreitung und Hatespeech wurde mit einer klaren Haltung thematisiert: Inhalte werden bewertet, nicht Personen. Dabei wurden sowohl strafrechtlich relevante Inhalte als auch Fragen nach Meinungsfreiheit und demokratischer Auseinandersetzung behandelt.

Positiv betont wurden auch die Chancen, die Plattformen wie TikTok und Instagram bieten: Sichtbarkeit marginalisierter Gruppen, neue Formen politischer Artikulation, kreative Ausdrucksmöglichkeiten. In der pädagogischen Arbeit ermöglichen Gruppenübungen wie eine Vier-Ecken-Diskussion, die Arbeit mit Meinungsbarometern oder das Sortieren von Bildimpulsen eine Sensibilisierung von Jugendlichen für die Notwendigkeit einer kritischen Reflexion digitaler Inhalte.

Kritisch beleuchtet wurde die zunehmende Rolle von TikTok als Informationsquelle: Die erweiterte Stichwortsuche macht die Plattform für Jugendliche zunehmend zur Suchmaschine, allerdings ohne redaktionelle Qualitätsstandards. Meinungen werden oft als Fakten inszeniert, die parasoziale Nähe zu Influencer*innen erschwert die Einordnung politischer Positionen.

Auch methodisch wurde eine große Bandbreite gezeigt, vom TikTok-Museum über kreative Videoanalysen bis hin zu Diskussionen über Deepfakes oder Desinformation im Kontext des

Superwahljahres 2024. Dabei wurde betont: Demokratiebildung auf TikTok funktioniert nicht über Abschottung, sondern über Begleitung, Aufklärung und Beteiligung – und darüber, Jugendliche in ihrer Lebenswelt ernst zu nehmen.

Fazit der Fachtagung

Die Fachtagung hat deutlich gemacht, dass die Diskussion um Smartphone- und Social-Media-Verbote komplexer ist als es öffentliche Debatten oft vermuten lassen. Die Gegenüberstellung von Schutz und Teilhabe, von pädagogischer Ermöglichung und regulativer Begrenzung erfordert eine differenzierte Betrachtung. Kinder und Jugendliche brauchen Begleitung, keine Bevormundung, und vor allem: Räume, in denen sie selbst zu Wort kommen und mitgestalten können.

Eine zentrale Erkenntnis der Tagung lautet: Medienverbote greifen zu kurz, wenn sie nicht eingebettet sind in umfassende Strategien zur Medienkompetenzförderung. Diese gilt es für die Politik zu entwickeln und umzusetzen, auch indem entsprechende Rahmenbedingungen für die pädagogische Praxis geschaffen werden. Bildungsinstitutionen, pädagogische Fachkräfte und Eltern stehen in der Verantwortung, digitale Lebenswelten nicht nur zu regulieren, sondern vor allem zu erschließen und zu reflektieren. Die Workshops und Impulse der Tagung zeigten vielfältige Praxisansätze auf, wie Demokratiebildung, kritische Medienreflexion und Jugendmedienschutz zusammen gedacht werden können – praxisnah, dialogisch und mit Blick auf die Lebenswelten junger Menschen. Die Forderung nach pauschalen Verboten ist vielmehr Ausdruck von Unsicherheit als von einer zielführenden Agenda. Nachhaltiger Schutz entsteht durch Bildung, partizipative Aushandlungsprozesse und eine klare Haltung gegenüber Plattformen und deren Verantwortung. Medienbildung ist keine Option, sondern Voraussetzung für zeitgemäßen Jugendmedienschutz.